



Die Sozialeinrichtung MOHI fordert, die Einrichtung der Schulasistenz für Kinder mit Handicap mit genügend Mitteln auszustatten. Foto: Getty Images/Stockphoto

## Ein Ausstieg als Alarmsignal

Die schulische Integration von Kindern mit Behinderung sorgt weiter für heftige Debatten.

Von Christoph Mair

**Innsbruck** – Seit genau 20 Jahren gibt es in Österreich für Kinder mit Behinderung das Recht auf schulische Integration, spricht den Besuch einer Regelschule.

In Feierlaune sind die Mitarbeiter von MOHI-Tirol deshalb jedoch nicht. Ganz im Gegenteil. Denn die Sozialeinrichtung, die seit 1993 Unterstützung für betroffene Kinder anbietet, steigt just zum Jubiläum aus der Schulasistenz aus, die *TT* berichtete. Ein Ausstieg nicht als Flucht, sondern als Aufschrei, betont MOHI-Geschäftsführer Ludwig Plangger. „Wir möchten mit diesem Schritt eine Diskussion anzetteln.“ Eine Debatte über unzumutbare Rahmenbedingungen, die Eltern von behinderten Kindern nur durch viel Kampf zu ihrem Recht auf Integration kommen lassen. „Es versteht niemand, dass es das Recht gibt, aber es nicht umgesetzt wird“,



Ludwig Plangger (MOHI) Foto: MOHI

„Es versteht niemand mehr, dass das Recht auf Integration nicht umgesetzt wird.“

ärger sich Plangger. „Das ist eine Schande.“ Schulasistenzentinnen – meist sind es Frauen – unterstützen Kinder mit erhöhtem Förderbedarf im konkreten schulischen Alltag.

Dass das Land dem jeweiligen Schülerhalter nur 15,77 Euro pro Stunde vergütet und die wöchentliche Höchststundenzahl pro Kind maximal 23 Stunden beträgt, stößt MOHI sauer auf. Das genüge gerade noch in einer halbtägigen Volksschule, Ganztagesange-



Christine Baur (Landesrätin) Foto: Rotenstein

„Der Ausstieg ist nicht nachvollziehbar. MOHI weiß, dass wir die Inklusion ausbauen wollen.“

bote oder längere Schulveranstaltungen seien für Kinder mit Behinderung mangels Assistenz nicht möglich. Diese Deckelung sei „nicht akzeptabel“, erklärt Andrea Runggatscher, bislang verantwortlich für die MOHI-Schulasistenz, über die bis zu 30 Kinder in 20 Schulen begleitet wurden. Verhandlungen mit dem Land seien stets mühsam, allein schon weil die Zuständigkeiten auf zwei Ressorts (Bildung, Soziales) aufgeteilt

seien. Auch fachlich fühlten sich die Schulasistenzentinnen, die wichtige Bezugspersonen für die Kinder seien, allein gelassen, kritisiert Lydia Naschberger-Schober, Direktorin des Instituts für Sozialpädagogik Stams und langjährige MOHI-Obfrau. Sie pocht zumindest auf eine pädagogische Basisausbildung, wie sie in anderen Bundesländern angeboten werde.

Für Soziallandesrätin Christine Baur (Grüne) ist der Ausstieg zu Schuljahresbeginn „nicht nachvollziehbar“. Das breite Wissen von MOHI wolle auch die Regierung nutzen, um die schulische Inklusion von Kindern mit Behinderung auszubauen und Schulasistenzentinnen besser abzusichern. MOHI habe dafür gesorgt, dass alle Kinder weiter betreut werden, versichert Plangger. Der Mitarbeiter will er sich nicht verschließen. Er tritt für einen Gipfel aller Beteiligten ein, um die Weichen zu stellen.

## Trotz Baby Seminar bestanden

Wegen der Fehlstunden nach der Geburt ihres Babys erhielt eine Studentin kein Abschlusszeugnis. Jetzt hat die Uni eingelenkt.

Von Thomas Hörmann

**Innsbruck** – Ende gut, alles gut: Die Innsbrucker Studentin, die wegen der Geburt ihrer Tochter eine Uni-Lehrveranstaltung nicht positiv abschließen konnte, erhielt jetzt doch noch ein Seminarzeugnis: „Ich hab' einen Zweier bekommen“, freut sich die junge Mutter. „Jetzt kann ich mich für das Bachelorseminar anmelden und mein Studium ohne Zeitverlust fortsetzen.“

Noch im Juni sah die Welt der 27-jährigen Pädagogiestudentin anders aus: Wie berichtet, verweigerte ihr eine Seminarleiterin das Abschlusszeugnis, weil die Innsbruckerin aufgrund der Geburt ihrer Tochter zwei Lehrveranstaltungen versäumt hatte. Lehrveranstaltungen mit Anwesenheitspflicht – durch die zwei versäumten Termine blieb die mittlerweile zweifache Mutter unter der erforderlichen Teilnahmequote.

Für die Professorin Grund genug, der Studentin das Abschlusszeugnis zu verweigern. „Wer krankheitsbedingt oder aus anderen Gründen mehr als zehn Prozent vom Gesamtstudienausmaß der Lehrveranstaltung fehlt, kann

keine Prüfung ablegen“, so die schriftliche Begründung.

Dass die Studentin beim letzten Seminartermin Ende Mai mit der neugeborenen Tochter im Arm erschien, konnte daran auch nichts mehr ändern. Obwohl die Innsbruckerin in Hinblick auf die nahe Geburt Vorsorge getroffen, das erforderliche Referat längst gehalten und die Gruppenarbeit absolviert hatte.

Folglich versuchte die junge Mutter um Verständnis für ihre Situation zu werben. Immerhin stand für die 27-Jährige ein ganzes Semester auf dem Spiel. Der Seminarabschluss war Voraussetzung für das Bachelorstudium.

Noch im Juni signalisierte die Uni-Führung, den Härtefall prüfen zu wollen. Das ist mittlerweile geschehen: „Die Studentin hat das Seminar positiv abschließen können“, bestätigt Uni-Sprecher Uwe Steger. Die junge Mutter ergänzt: „Ich habe nur noch eine schriftliche Zusammenfassung des Referats abliefern müssen. Dann habe ich das Abschlusszeugnis erhalten.“

Jetzt kann sich die angehende Pädagogin wie geplant dem Bachelorseminar widmen.

## Bordellbilanzen gingen ans Finanzamt

Von Reinhard Fellner

**Innsbruck** – Ein Stelldichein am Landesgericht gaben sich gestern der Betreiber eines Innsbrucker Nobel-Bordells, seine einstige Geschäftsführerin und Tirols bekanntester Türsteher. Die Türkin und der mit ihr weitschichtig verwandte Türsteher Ali P. sollen den Bordellbetreiber mit seiner Geschäftsgebarung erpresst haben.

Beide waren einst bei der Rotlichtgröße angestellt. Die Geschäftsführerin stand jedoch während eines Krankenstandes dann genauso schnell auf der Straße wie der schon zehnfach vorbestrafte Muskelkoloss. Wenig später trafen sie den Bordellbetreiber in einem Café. Und zwar, um „das dumme Gesicht zu sehen, nachdem man ihm eröffnet hatte, dass man seine Geschäftsunterlagen wegen Verdachts der Steuerhinterziehung schon der Kripo und

der Finanz übergeben habe“. Ganz anders die Version der Rotlichtgröße: „Sie sagte, sie hätten Angebote von der Polizei und der Finanz. Was mir denn eine Nichtaussage nun wert sei. Dazu drohte der Türsteher bei seinem Sohn, dass ich nun bluten werde! Wie soll ich das verstehen, Frau Rat? Dass sie mir ein Messer in den Bauch rammen oder dass ich zahlen muss?“

Das Zerwürfnis mit dem Bordellbetreiber ist tief: Wechselte die Bordellchefin doch zur Oberländer Konkurrenz und nahm Mädchen und Freier mit. Als sie ausstehenden Lohn einlegte, drohte der Ex-Chef der Türkin, ihre Eltern zu informieren, wo sie arbeitet. Was er offenbar nicht wusste: Die Frau hatte tatsächlich schon Kontakt mit der Polizei aufgenommen.

Verteidiger Roman Schobesberger folgerichtig: „Wer zeigt denn an und erpresst zugleich?“ Freispruch.



Pater Gottfried Wolff wurde zum Generalprior gewählt. Foto: Wolff

## Wolff zum Generalprior gewählt

**Innsbruck** – Am vergangenen Samstag ist der Provinzial der Tiroler Servitenprovinz, Pater Gottfried M. Wolff, zum Generalprior des Servitenordens gewählt worden.

Das so genannte Generalkapitel findet derzeit am Wallfahrtsort Maria Weißenstein in Südtirol statt. Es hat am 12. September begonnen und dauert bis zum 3. Oktober. Am Kapitel nehmen über 50 Brüder des Ordens aus al-

len Kontinenten teil. Wolff folgt in diesem Amt dem Mexikaner Ángel M. Garnica Ruiz, der für zwei Amtsperioden, also zwölf Jahre lang, den Orden geleitet hat. Der neue Generalprior wurde unmittelbar nach seiner Wahl angelobt.

Wolff wurde am 2. April 1958 in Bayreuth, Bayern, geboren. Nach seinem Eintritt in den Servitenorden legte er am 4. Juni 1981 seine ers-

zeitliche und am 22. Juli 1984 die feierliche Profess ab. Nach dem Theologiestudium in Innsbruck wurde er vor 25 Jahren, am 25. Juni 1988, in Regensburg zum Priester geweiht. Seit 2006 war er Provinzial der Tiroler Servitenprovinz und zugleich bis 2009 in der Innsbrucker Servitenkirche als Seelsorger tätig. Ab 2009 war er in der Gemeinde St. Mariä Himmelfahrt als Seelsorger im Einsatz. (*TT*)

## Nach Überfall sucht Polizei Banktasche

**Kufstein** – Nach dem Überfall auf den Betreiber eines Kufsteiner Postpartners hofft die Polizei weiterhin auf Zeugen. „Vor allem interessiert uns, wo der spezielle Plastiksack aufgetaucht ist, in dem das Geld im Tresor aufbewahrt war“, sagt Ermittler Edmund Wiesbauer vom Landeskriminalamt: „Der Räuber hat den Beutel mit der Aufschrift GSA am Donnerstag in einen weißen Plastiksack gesteckt und mitgenommen.“ Also – wer die auffällige Banktasche im Müllcontainer oder sonst wo sieht, soll sich mit

dem Landeskriminalamt (Tel. 059133/70-3333) in Verbindung setzen.

Der Betreiber (58) des Postpartnergeschäfts leidet noch unter den Nachwehen des Überfalls. Wie berichtet, wurde der Deutsche vom Räuber in den Tresorraum gesperrt und erst am Freitagmorgen von einer Zeugin befreit. Der 58-Jährige erlitt einen schweren Schock und befindet sich seit dem Überfall in psychologischer Betreuung. Daher konnte er von den Ermittlern noch nicht ausführlich befragt werden. (*tom*)



Wer diese Banktasche sieht, soll die Polizei alarmieren. Foto: Polizei